

Handelsinvasoren

Verhandlungen zum EU-Indischen Freihandelsabkommen

Gerhard Klas

Seit 2007 verhandeln EU-Kommission und indische Regierung auf höchster Ebene über ein Freihandelsabkommen. Dieses Jahr soll es verabschiedet werden und 2012 in Kraft treten.

Europas Wirtschaft kriselt, während Indien mit seinen knapp 1,2 Milliarden Einwohnern jährlich ordentliche Wachstumsraten verzeichnet. Das weckt Begehrlichkeiten. Deshalb bezeichnen führende Wirtschaftslobbyisten das noch zu verabschiedende Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU als „große Hoffnung“ für die europäische Wirtschaft. Die Wunschliste der Konzerne an den Verhandlungsführer, den EU-Handelskommissar Karel de Gucht, ist lang: Supermarktketten wollen in Indien ihre Filialen eröffnen, Pharma- und Agrarindustrie fordern einen stärkeren Schutz ihrer intellektuellen Eigentumsrechte, Lebensmittelkonzerne wollen keine Zölle mehr zahlen, Finanzjongleure gieren nach neuen Profiten für ihre Hedgefonds, und Versorgungsunternehmen wollen künftig bei der Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung, des Transport- und Gesundheitswesens mitfeilschen.

Auf taube Ohren stoßen sie nicht – im Gegenteil. Das belegt unter anderen eine Broschüre der indischen Nichtregierungsorganisation *FDI Watch* und der in Brüssel ansässigen *Corporate Europe Observatory*. „Wir können die EU-Kommission in den Verhandlungen als unser Sprachrohr nutzen“, freute sich noch im März 2010 Ansgar Sickert, Hauptgeschäftsführer des Flughafendienstleisters *Fraport* in Indien. Einzelnen Konzernen soll sogar das Klagerecht gegen Regierungen eingeräumt werden. Die Einsprüche europäischer und indischer Umweltverbände und Gewerkschaften blieben

ungehört: Ihrem Wunsch, im Vertrag auch verbindliche soziale und ökologische Kriterien zu verankern, kommen weder EU-Kommission noch indische Regierung nach.

Dabei wären diese Kriterien dringend notwendig, denn das Abkommen wird zwar Handelsbilanzen hübscher aussehen lassen und Aktienkurse in die Höhe treiben, viele Inderinnen und Inder aber in den Abgrund reißen. Schon heute nimmt sich jede halbe Stunde ein indischer Bauer das Leben, weil er mit dem Erlös seiner Arbeit die Familie nicht mehr ernähren kann und der Schuldendienst seine mageren Einkünfte regelrecht auffrisst. Der unbeschränkte Import hochsubventionierter Lebensmittel aus der EU wird noch mehr Bauern in den Tod treiben. Die meisten der 33 Millionen Straßenhändler können einpacken, wenn europäische Supermarktketten wie *Carrefour*, *Tesco* und *Metro* den indischen Markt erobern. Bisher verbieten indische Gesetze ausländische Direktinvestitionen im Einzelhandel.

2008, während der Nahrungsmittelkrise, hatte die indische Regierung ein Exportverbot für Reis verhängt. Das soll nach dem Willen der EU-Wirtschaftslobby nicht mehr möglich sein. Aber auch in Europa wird das Freihandelsabkommen negative Auswirkungen haben – z.B. werden viele Beschäftigte in der Autoindustrie ihre Arbeit verlieren. Denn dort wird es zu ähnlichen Entwicklungen kommen wie schon vor Jahren im Textilsektor: Forschung, Entwicklung und

Design bleiben in der EU, Produktion und Montage werden ins Billiglohnland Indien ausgelagert. Aber für die Verhandlungsführer der EU-Kommission sind das zweitrangige Probleme. Hauptsache, die europäische Autobranche macht Gewinn.

Download unter www.corporateeurope.org/global-europe

Schon 2006, vor Beginn der Verhandlungen, ließ der damalige EU-Handelskommissar Peter Mandelson gegenüber Wirtschaftsvertretern verlauten: „Diese Verhandlungen führen wir in ihrem Interesse.“ Der breiteren Öffentlichkeit hingegen werden mit Hinweis auf die Verhandlungstaktik Informationen vorenthalten. Auch beim letzten Gipfel im Dezember 2010 kam es zu Protesten. „Es bleibt nicht mehr viel Zeit“, meint Pia Eberhardt von *Corporate Europe Observatory*. Zusammen mit vielen indischen NGOs fordern sie, dass die Verhandlungen abgebrochen werden.

Letzte Hoffnung EU-Parlament?

Aber das wird nicht passieren. Damit bleibt als letzte Hoffnung das EU-Parlament. Seit der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten ist, muss auch das Parlament neuen Handelsverträgen zustimmen. Die Geschichte des EU-Parlaments ist in dieser Hinsicht kein Ruhmesblatt, denn regelmäßig gelingt es den zahlreichen Brüsseler Wirtschaftslobbyisten, das Abstimmungsverhalten der Mandatsträger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch in Indien

gibt es Lobbyisten, die im Interesse der europäischen Konzerne agieren. Wie der Studie von CEO und *FDI-Watch* zu entnehmen ist, werden sie sogar mit EU-Steuergeldern finanziert.

Auch die indische Verhandlungsseite ist von den Interessen der großen indischen Konzerne dominiert. NASSCOM, die indische Vereinigung der Software-Unternehmen, hat nicht nur die eigene Regierung bearbeitet. Über Lobbyisten in Brüssel versucht sie auch auf die EU-Entscheidungs-

träger einzuwirken. Die EU, so will es NASSCOM, soll indischen Software-Experten künftig Arbeitsvisa für die gesamte EU ausstellen, die nicht den Mindestlohnbestimmungen der einzelnen Mitgliedsstaaten unterworfen sind. Ihr Argument: „Diese hochspezialisierten Zeitarbeiter werden die Kosten für EU-Unternehmer senken und der europäischen Wirtschaft Auftrieb geben.“

Als notwendig bezeichnen sowohl die indischen wie die europäischen

Vertreter der Großkonzerne die Zollfreiheit für fast alle Produkte. Es soll nur wenige Ausnahmen geben. Das wird den indischen Regierungshaushalt härter treffen als das EU-Budget. Nach Angaben der OECD machen die Zolleinnahmen 24 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von umgerechnet 82 Milliarden Euro aus. Zur Refinanzierung wird entweder die Mehrwertsteuer erhöht oder die Sozialhaushalte werden zusammengestrichen – wie in vielen anderen Ländern des globalen Südens.

Die Kommunikationslücke überbrücken

Surya Shankar Dash kämpft mit der Kamera für die Rechte von Adivasi-Gemeinschaften

Michael Gottlob

Auf Einladung von *Amnesty International* hielt sich der indische Dokumentarfilmer Surya Shankar Dash Anfang Oktober 2010 für zwei Wochen in Deutschland auf. In einem von der Adivasi Koordination initiierten und zusammen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Misereor und *Amnesty International* organisierten Workshop in Berlin berichtete er als Zeuge vom Kampf der Dongria Kondh in Orissa gegen den multinationalen Rohstoffkonzern *Vedanta Resources*, der seit Jahren in Lanjigarh eine Aluminium-Raffinerie betreibt und dafür in den Niyamgiri Hills (dem Siedlungsgebiet der Dongria Kondh) Bauxit abbauen wollte. Inzwischen sind die Pläne von der indischen Regierung gestoppt worden. Menschenrechtsgruppen und die vom Umwelt- und Forstministerium eingesetzte Saxena-Kommission hatten detaillierte Berichte über die existenzielle Bedrohung der lokalen Bevölkerung und die wiederholten Rechtsverletzungen des Unternehmens vorgelegt (Details auf: www.amnesty-indien.de).

Surya Shankar Dash hat großen Anteil daran, dass der Kampf der Dongria Kondh weltweit bekannt wurde. Der „bärtige Barfußfilmemacher“, wie er von der Zeitung *Business Standard* genannt worden ist, agiert nicht nur als Beobachter, der regelmäßig aus Orissas Hauptstadt, Bhubaneswar, ins Konfliktgebiet reist und über die Vorgänge berichtet. Seine Filme sind zugleich auch Teil der Kampagne. Er verteilt Kameras unter den Betroffenen, so dass sie

die an ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen selbst dokumentieren können.

Filme

Frühe Produkte dieser Zusammenarbeit sind die Kurzfilme *The Lament of Niyamraja – a Dongria Kondh Song* (2007), ein Gesang über den heiligen Berg Niyamgiri, der von den dort lebenden Menschen auch als Herr über Recht und Gerechtigkeit verehrt wird;

Pani – War for Water (2007), Teil einer Kampagne gegen die Zweckentfremdung von Wasser aus Bewässerungskanälen zugunsten von Industrieanlagen und der Zeichentrickfilm *Shot Dead for Development* (2008), gewidmet den Adivasi-Aktivistinnen, die bei Demonstrationen in Kalinga Nagar und Kashipur getötet wurden.

Der 90-Minuten-Film *Niyamgiri. The Mountain of Law* von 2008 dokumentiert die Entstehung des Widerstands